

**Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.**

„Ich möchte sagen: erhaltet den Frieden, wenn es möglich ist; aber ich füge hinzu: Widerstand, rascher, entschlossener, entschiedener Widerstand gegen den ersten Angriff, seien die Folgen wie immer geartet.“

Sheridan.

Lange hat es gedauert. Man erwog die ver-  
bietensten Möglichkeiten, man rechnete und  
reklurierte; galt es doch die 40 Proz. der Min-  
derheit auf irgend eine rechtlich unansehnliche  
Weise um ihre gerechte Vertretung im Sejm zu  
ringen. Und endlich gelang das Kunststückchen.  
Ergnügt rieben sich all die Rechenkünstler die  
Hände: der Unterbau zu der berühmten „Tradi-  
tionellen Toleranz“ ward gelegt. „Wie im Pa-  
dise“, so wird es sich allen unseren Volksmin-  
derheiten leben“, schmunzelte man vergnügt.  
Das von uns gebrauchte Tränklein, das da heißt:  
Teues Wahlgesetz — wird auf die Dauer allen  
den Russen, Juden, Deutschen und Ukrainern den  
Appetit auf der Politik verderben. An den Fingern  
werden die Vertreter der Minderheiten im Sejm  
zu zählen sein. Was wollen sie auch im Sejm?  
Wir, die rechtmäßigen Bewohner dieses Landes,  
werden schon „väterlich“ für das Wohlergehen  
der Minderheiten Sorge tragen“ . . .

Die Rechnung ward jedoch ohne den Wirt gemacht. Was alle Ueberredungskunst, jegliche Gemeinschaft der völkischen Interessen nicht vollbringen konnten, das wurde nun auf die natürlichste Weise und auf kürzestem Wege zur vollendeten Tatsache. Seit dem 17. August besteht im Freistaate Polen ein alle völkischen Minderheiten umfassender Block, unter dessen Banner sich nun die Nichtpolen zur Zeit des Wahlkampfes scharen werden. Die kühnsten Hoffnungen knüpfen wir an diese mächtige Organisation, an diesen natürlichen Selbstschutz der völkischen Minderheiten. Er soll die falschen Berechnungen der Feinde einer freien Entwicklung und einer gesicherten Daseinsmöglichkeit, die den im polnischen Reiche so zahlreich vertretenen Fremdvölkern zukommt, kläglich zunichte machen; er soll beweisen, daß freie, entschiedene Männer sich nie und nimmer ihre durch Friedensverträge und Landesverfassung verbrieften Rechte nehmen lassen.

Erleichtert atmeten tausende, um das Wohl ihres bedrohten Volksstammes besorgte Menschenherzen auf. Der Kampf mit den herannahenden finsternen Wasserwogen, die die öfters schwachen Bollwerke der eigenen lieben Volksgemeinschaft grimmig zu verschlingen drohten, ging ihnen über ihre Kräfte. Nun sind aber die in viele unseßliche Felsen und Blöcke zersplitterten Volksgemeinschaften zu einem mächtigen Granitblock fest zusammengeschweißt, an dem auch die stärksten und grimmigsten Wellen zerschellen werden.

Daß die Herren von der Wahlgeometrie darob tüchtig verschnupft sind, ist verständlich. „Wer jemand eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“.

Die Gründung des Minderheitenblocks, der alle Nichtpolen in sich vereinigt, zugunsten dessen alle völkischen Minderheiten in Stadt und Land ihre Stimmen am Tage der Wahlen in den Sejm und Senat abgeben werden, ist gegenwärtig unter aller Morgenröte und Hoffnungsstrahl. Alle unsere Erwartungen und Zukunftsträume knüpfen sich an den Wahlsieg des Minderheitenblocks. Wird die Einmütigkeit und Geschlossenheit, wie wir sie uns heute von ganzem Herzen wünschen, unter den als völkische Minderheiten in Polen lebenden Wählern am Tage der Sejmwahlen klar und ungetrübten zum Ausdruck kommen, so sind uns mindestens 100 Sitze im Sejm sicher. Und dann wird man's erleben, wie die Parteien um die Gunst des Minderheitenblocks buhlen werden! Wie wird man in der aus dem Parlament hervorgegangenen Regierung mit der Meinung der Führer des Minderheitenblocks rechnen. Mit einem Schlag werden wir zu den uns gebührenden Rechten gelangen, endlich wird man zur Durchführung der Gleichberechtigung schreiten!

Verlockend sind die Aussichten. Die Gegner werden darum vor keinem Mittel zurückzucken, um den ihnen so verhassten Minderheitenblock zu spalten. An uns liegt es, ihnen dazu keine Handhabe zu geben. Die Millionen der völkischen Minderheiten werden wie ein Mann in den Wahlkampf treten, um uns den Sieg zu erringen.

A. B.

Von den polnischen Blättern nimmt neuerdings der „Kurjer Poznański“ zu der Blockbildung der nationalen Minderheiten wie folgt Stellung:

Die Deutschen und Juden werden im Block ausschlaggebend sein, da die Russen zahlenmäßig keinen starken Gegner darstellen, und die Weißrussen als Volk überhaupt nicht existieren. (?) Die Handvoll weißrussischer Agitatoren, die das weißrussische Volk vorläutchen, sind von geringer Bedeutung. Was

die Ukrainer anbelangt, so werden diese wahrscheinlich ihre Stimmen für die Deutschen und Juden abgeben. Die tatsächliche Kraft unter den Abgeordneten der Volksminderheiten werden demnach die Deutschen und Juden darstellen. Sie werden im zukünftigen Sejm ein ziemlich ansehnliches Lager bilden, welches heut schon vorauszu-  
sehen und leicht zu berechnen ist. Unser Staat weist 30 Proz. (!?) fremdstämmige auf. Im ganzen wird der Sejm 444 Abgeordnete zählen. Auf die Fremdstämmigen müßten, wenn keine Stimme verloren ginge, 130 Mandate entfallen. Soviel Abgeordnete werden sie jedoch nicht erhalten, denn die Vertreter der Minderheiten selbst rechnen auf 60 bis 80 Sitze im Sejm. Auch diese Zahl ist bedeutend genug, um im zukünftigen Sejm eine sehr schwierige Lage zu schaffen. Die Parteien, die die Regierung bilden wollen, müssen von 364 polnischen 240 Mandate durchbringen. (444-80-364).

Mit dem Block der Minderheiten beschäftigt sich nun auch die „Gazeta Warszawska“. Sie schreibt, der Block sei im Grunde nur der Versuch einer jüdischen Verschwörung gegen Polen. Man wolle dem Ausland gegenüber das Zustandekommen des Blocks als Verteidigungsakt der nationalen Rechte seitens der Minderheiten darstellen und als einen Beweis für den polnischen Chauvinismus und die polnischen Intoleranz. Im übrigen wolle man der polnischen Öffentlichkeit Schrecken einjagen, um ein gewisses Entgegenkommen besonders den Juden gegenüber zu erreichen. Der Block gebe den Minderheiten nicht bessere Wahlaussichten als das einzelne Auftreten. (Da dürfte sich die „Gazeta Warszawska“ doch ganz gewaltig verrechnet haben! D. Red.) Der Block sei also nichts anderes als eine von den Juden arrangierte Verschwörung aller antipolnischen Elemente des Landes.

Der Block aller völkischen Minderheiten in der Republik Polen wurde — gegen die Voraussetzung des Paters Lutoslawski — geschaffen. Was veranlaßte die Schaffung dieses Blocks, welche Ziele verfolgt er? Die Antwort auf diese Fragen finden wir in einem Aufsatz des Abg. Grünbaum im „N. Gajet“. Der Verfasser befaßt, daß die Wahlordnung in ihrer ganzen Schärfe gegen die völkischen Minderheiten gericht-

tet ist. Das gab die Veranlassung zu der Gründung des Blocks. Meine Bemerkungen im Sejm und in der Verfassungskommission — schreibt Abg. Grünbaum — wurden als leere Drohungen betrachtet und verlacht. Man glaubte nicht, daß die inneren Schwierigkeiten, auf die ein solcher Block stoßen müßte, überwunden werden können.

Dieser Block ist ein geschichtliches Ereignis von großer Bedeutung. Ein solcher Block ist noch niemals geschaffen worden. Hier haben sich alle vereinigt, die ihre Rechte und ihre freie Entwicklung bedroht sehen. Augenblicklich handelt es sich nur um einen Wahlblock, er bildet aber eine Annäherung der Nationalitäten, erläutert gemeinsame Ziele und zeigt den Weg, den man gehen soll. Wie wird die polnische öffentliche Presse diese Nachricht über den Block aufnehmen? Ich denke, daß alles mit einigen erbitterten Artikeln werden. Haben die Parteien das Recht sich zu vereinigen, so sind die völkischen Minderheiten in dieser Hinsicht auch nicht beschränkt. Bemühen sich doch die kernpolnischen Parteien, die Ukrainer und Weißrussen auf ihre Seite hinüber zu ziehen, und doch wird das nicht als große Sünde, als Anschlag auf Polen angesehen. Der Block ist ein Beweis -- daß alle Nationalitäten auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehen und nur ihr Recht erkämpfen wollen.

Dieser Block ist kein Gefchloß, keine Verschwörung, kein geheim vorbereiteter feindseliger Schritt, im Gegentheil: er steht durchaus auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit, ist auf dem staatlichen Boden par excellence geführt:

Sämtliche Pressmeldungen über eine Bedrohung des Blocks durch die Ablehnung des Ausschusses der jüdischen Volkspartei sind völlig unbegründet. Mit dieser Partei werden — jüdischen Blättern zufolge — Verhandlungen wegen Herbeiführung eines Kompromisses geführt. Der Zentralverband Jüdischer Kaufleute hat sich dem jüdischen Block angeschlossen. Der „Bund“ hat beschlossen, auf eigene Faust eine Wahlaktion aufzunehmen, obwohl ihnen in Warschau höchstens 10 000 Stimmen zufallen werden. Die „Poale Zion“ hat bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen. Die Rechten sowie die Jungzionisten haben beschlossen, sich dem Block anzuschließen.

Gegen die Rechte Polens in Danzig.

Danzig, 25. August. Der Oberkommissar des Völkerbundes Gen. Hacking gab heute seine Entscheidung in der Streitfrage über Rechte und Zuständigkeit des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig bekannt. Der Oberkommissar stellt in seinem Urteil fest:

1. daß die Rechte des diplomatischen Vertreters Polens mit dem Sitz in Danzig im Artikel 1. der Konvention vom 9. November 1920 festgelegt sind und kein anderer Artikel des Versailer Vertrages ihm weitere Vorrechte zuerkennt;
2. daß der polnischen Regierung nicht das Recht zusteht, in Danziger Gewässern oder auf Danziger Boden durch seinen diplomatischen Vertreter diplomatische Vertreter fremder Mächte zu begrüßen;
3. wenn Polen etwas unternehmen will, das über die Grenzen der Konventionsbestimmungen hinaus geht, wie z. B. eine fremde Flotte begrüßen, so muß es in solchem Falle vorher die Genehmigung der Freien Stadt Danzig einholen.

Die Begründung dieser Entscheidung wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Warschau, 25. August. (Pat.) Außenminister  
Narutowicz äußerte Pressevertretern gegen-  
über, bezüglich des Verhältnisses Polens zu Dan-  
zig folgendes:

Die polnische Regierung fordert von Danzig mit allem Nachdruck die Achtung der polnischen Rechte in der Freien Stadt, die sich aus dem Versailler Vertrag ergeben. Heute ist die Nachricht eingetroffen, daß der Oberkommissar Hartwig Rollen das Recht abtrifft.

Danzig fremde Flottenbesuche und ausländische Vertreter zu begrüßen. Dieser Beschluß ist für uns unannehmbar. Die Freie Stadt wurde doch deshalb geschaffen, um Polen einen freien Zutritt zum Meere zu sichern. Ich habe den polnischen Delegierten beim Völkerverbund angewiesen, gegen diese Entscheidung energisch zu protestieren.

Warschau, 25. August. „Kurjer Półny“ sieht die politische Lage als günstig für Polen an, insofern, als Frankreich durch eine Verständigung mit Deutschland die Initiative zur politischen Ordnung des Continents ergreifen könne, während Rußland an Bedeutung verlor.

„Byegłond Wiczyorny“ stellt fest, daß Frankreich sich in wirtschaftlichen Fragen gegen Polen sehr unbillig verhalte, so daß das Interesse des polnischen Handels sich weiterhin auf Deutschland konzentrierte.

Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen der Staatsgef. Präbist Polnisch-Schellen besuchen. Zunächst wird er die Gensationen von Lublin und Zarnowiz inspizieren und am kommenden Sonntage in Ration's eintreffen; wo er sich den ganzen Sonntag h'ınach aufhalten wird. Am Montag fährt der Staatsgef. nach Warschau und Ruzhik weiter.

Pa 16, 25. August. (E. A.) Ueber die Sal-  
tung Belgiens in der Reparationsfrage veröffent-  
licht die Savas-Agentur eine ziemlich beherden-  
Nile aus Büssel in der es heißt: Belgien ist  
vor allem für eine Vereinbarung, welche die ganz-  
Frage umfasse, nämlich das große Problem der  
Reparationen, das Problem der interalliierte  
Schuldenregelung, dasjenige der internationalen  
Wetthe, durch die Europa wiederhergestellt werden so

Seinerzeit brachten wir den Text einer eingebrachten Anfrage im englischen Parlament, die durch Nachfragen über die Wahlberechtigung auf dem ganzen Territorium des Königlich Reiches hervorgerufen wurde. Vor Vertagung des Parlaments wurde die Interpellation zum zweitenmal eingebracht, worauf Untersekretär Farnsworth folgendes antwortete:

„Die Reichsliste des Obersten Rates, besonders aber seine Bestimmungen aus dem Jahre 1819, zeigen klar und deutlich, daß Polen von den Verbündeten nur die Vollmacht zur provisorischen militärischen Besetzung von Ostgalizien erhalten hat; Polen darf darum über das endgültige Schicksal dieses Landes nicht allein bestimmen.

Es sind tatsächlich Gerüchte im Umlauf, Polen wolle auch in Ostgalizien die Sejm-  
wahlen durchführen; dies ist jedoch dem eng-  
lischen Kabinett offiziell noch nicht bekannt."

Auf eine nachdrückliche Anfrage des Interpellanten wurde ihm von Harmerworth mitgeteilt: „Ich versichere Sie, daß die englische Regierung keinen Schritt scheuen wird, um Polen von einer Vergewaltigung der Bestimmungen des Obersten Rates zurückzuhalten.“

Auf die Frage: ob es wahr sei, daß die englische Regierung von der politischen einen Verzicht über diesen Gegenstand eingefordert habe,\* folgte die Antwort: „Zunächst, die englische Regierung hat Schritte unternommen, um in dieser Angelegenheit Klarheit in schaffen.“

Ohne Zweifel ist der Inhalt der obigen Aussprache der polnischen Regierung sowohl wie auch Excellenz Głombinski bekannt. Es ist nur zu behaupten, daß die Polnische Telegraphen-Agentur es für überflüssig erachtet hat, diese Nachricht der Öffentlichkeit zu übermitteln.

Danzig, 23. August. Wie von uns heri-  
hrt der Danziger Senat eine Verordnung erlassen,  
die das Tragen ausländischen Militär- und Be-  
sonnen Uniformen nach dem 1. September im Be-  
tritte der Freien Stadt Danzig verbiethet. Zu-  
vor schon hiefelonder Genehmigung des Senats ab-  
gelehnt worden.

hängig macht. Jetzt hat die polnische Regierung gegen diese Verordnung Einspruch beim Oberkommissar erhoben mit der Begründung, daß diese Verordnung die den Polen in der freien Stadt Danzig zugesprochenen Rechte verleihe. Die polnische Regierung verlangt vom Senat, daß er diese Verordnung nicht früher in Kraft setze, bis sie mit der Forderung der vollständigen Argierung in Einklang gebracht ist. Dieser polnische Einspruch wird in der deutschen Presse Danzigs lebhaft kommentirt und darauf hingewiesen, daß nach den Vorschriften des Friedensvertrages Danzig weder Militär noch Marine habe sein darf. In den letzten Monaten in Danzig aber in einer derartigen Weise mit polnischen Militär und Marinepersonen überhandgenommen worden, daß es für den Fremten wirklich den Eindruck erwecken mußte, daß Danzig eine feste polnische Besetzung habe. Die Danziger Regierung richtet sich nicht nur gegen Polen, sondern gegen alle ausländischen Staatsangehörigen und trifft am härtesten die früheren Angehörigen der deutschen Heeres und der deutschen Marine, die künftig in Danzig ihre Uniform nicht mehr tragen dürfen, selbst für den Fall, daß ihnen das Uniformtragen in Deutschland bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienste gestattet worden ist.

Berlin, 25. August. (T. U.) Die mi-  
hören, hat der bayerische Gesandte in Berlin von  
Preger nach gestern abend dem Reichskanzler mit-  
geteilt, daß der bayerische Ministerret und die  
Koalitionsparteien den Inhalt der letzten Felleine  
Unterhandlungen ihre Zustimmung gegeben haben.  
Die Aushandlung der bayerischen Verordnung wird  
in Kürze erfolgen.

St. Petersburg, 24. August. (Rat.) Dr. Seiner  
erklärte Berliner Presscorrespondent, daß die Abbrun-  
nung von einer Angliederung Oesterreichs an die  
Kleine Entente grundlos ist. Diese Angele-  
genheit, sowie überhaupt die Angelegenheit einer  
Veränderung des politischen Zustandes Oesterreichs,  
kommt nur der Regierung der Inspektionsstelle



nicht in Frage. Der österreichische Finanzminister Graf Senguer erklärte sich, daß die Lage Österreichs nicht hoffnungslos sei, daß die Export-Osteuropas nicht bedroht sei.

Wien, 24. August. (Nat.) Der italienische Außenminister teilte nach Verona ab, wo morgen die Konferenz mit Dr. Seipel stattfinden soll.

Paris, 25. August. (A. M.) „Matin“ berichtet, daß Österreich nicht genügende Lebensmittelmengen besitzt, um bis zum Winter durchzuhalten. Die letzten Summen aus den österreichischen Krediten reichen kaum bis Ende September d. J. Die österreichische Regierung weiß nicht, was sie nach Ablauf dieser Zeit anfangen soll. Es gibt drei Möglichkeiten: 1. Annahme der von Senguer auf der Londoner Konferenz vorgeschlagenen Bedingungen; 2. Anschluß Österreichs an Bayern; 3. enge Verbindung mit der Tschechoslowakei und Südbanien auf politischem und finanziellem Gebiet.

### Frankreich-türkisches Handelsabkommen.

Konstantinopel, 25. August. (T. U.) Ein Handelsabkommen zwischen Frankreich und den türkischen Nationalisten wurde von der Nationalversammlung in Angora ratifiziert.

### Athener Beratungen über die Autonomie Kleinasiens.

Athen, 25. August. (T. U.) Die griechische Regierung hat zwecks erneuter Besprechung über die gegenwärtige Lage der griechischen Souveränität vor Smyrna und den Oberkommandierenden der griechischen Truppen Kleinasien nach Athen berufen. Wie es heißt, soll über die Frage der autonomen Regierung Kleinasien im Kabinett beraten werden.

### Frankreich und die Hindeburgfeier.

Paris, 25. August. (T. U.) Die Wälder enthalten ausführliche Berichte, über die aus Anlaß des Besuchs Hindeburgs in Mäntzen veranlaßten Festlichkeiten. Der „Times“ spricht im Zusammenhang mit den Mäntzener Demonstrationen von den Vorbereitungen einer monarchistischen Restauration und der militärischen Revanche. Die Partei Ludendorfs behauptet offen die Sicherheit aller brennenden Nationen und gebe Frankreich den Grund zu handhaben, sich der Augenblicke zu bedienen. Der Reichskriegsminister Dr. Wirth wird in der nächsten Woche in Paris ankommen. In der Folgezeit sollen die Verhandlungen, die sich im Vorfeld zu machen, und wenn sie sich so leicht abwickeln, die eine außerordentliche Position für die Welt in Stand setzen, die Republik nach in neuen ihren Rechten zu verteidigen. Aber in der nächsten Woche die Aktion und die Reaktion. Gegen die deutsche Regierung sei ihr gegenüber maßlos, denn ihre Verträge nicht über die beschränkte Welt, sondern sie haben die ganze Welt in der Hand, so daß es niemand erschaffen mag, ihr Widerstand zu leisten.

### Ein Chilene als Präsident des Völkerbundes?

Paris, 25. August. (Privatnachricht.) Als Präsident des Völkerbundes für das Jahr 1923 wird der Chilene G. G. G. vorgeschlagen. Man erhofft davon eine Stärkung des Ansehens des Völkerbundes in Südamerika. Von anderer Seite wurde der Schwede Brandt vorgeschlagen.

### Die Sowjets laden zur Abrechnungszurück.

London, 24. August. (Nat.) Reuters meldet aus Moskau, daß die Sowjetregierung der französischen Regierung eine Note überreichte, in

der sie zur Entschädigung von Verletzungen der Abrechnungszurück, die in Moskau stattgefunden hat, einfordert. In der Note wird bemerkt, daß die Sowjetregierung die Entschädigung bereits angenommen haben und Polen vorzulegen hat, die Konferenz bis zur Entscheidung der Abrechnungszurück durch den Völkerbund zu vertagen.

## Lokales.

Lodz, den 26. August 1922.

### Vor den Sejmwahlen.

Der Justizminister richtete an die Juratoren der Appellations- und Bezirksgerichte ein Rundschreiben (Nr. 389.22 p.) folgenden Inhalts: Auf Grund des Beschlusses des Staatsrats vom 18. August über die Sejm- und Senatswahlen treten wir an diesem Tage formell in die Wahlperiode ein, die durch die schon längst begonnene, lebhafteste Wahlagitierung tatsächlich schon früher begonnen hat.

Es ist nicht anständig, die großen Fälle von Aufspaltung der politischen Leidenschaften zu umgehen, die sich in einer erbitterten Agitation äußert — die der Sicherheit und Ruhe des Reiches sowohl nach innen wie nach außen nicht Rechnung trägt — sowohl in Reden auf den Versammlungen als auch in der Presse, oder auch in gewalttätigen Ausschreitungen, die zur körperlichen Verletzung der politischen Gegner führen. Angesichts solcher Erscheinungen, die sich bestimmt wiederholen können, mußten die Sicherheitsbehörden für ihr Vorgehen folgende Grundlage annehmen:

1. Im Sinne der Staatsverfassung sind alle Bürger des Staates gleichmäßig berufen, um das Wohl der Republik zu fördern; sie können sich ihre Ansichten über die Mittel und Wege, die zum Wohle des Staatsganges zu ergreifen sind, zu offenbaren, frei äußern. Indem sie nun ihre Vertreter für den Sejm und Senat mitteilen oder ihren politischen Überzeugungen wählen, dürfen sie zur Verwirklichung ihrer Pläne zur Veränderung und Verbesserung des Staatslebens streben.

2. Die Ausübung der Bürgerrechte darf jedoch nicht im Gegensatz zu den gesetzlich geschützten Staatsinteressen und den Rechten der übrigen Bürger stehen, da dies einen schädlichen und verbrecherischen Mißbrauch der Rechte bedeuten würde. Der Schutz der angeführten Ausübung der Bürgerrechte verlangt gerade, daß alle Mißbräuche schnell, unanfechtbar und entschlossen geahndet werden sollen.

Sache der Verwaltungsbehörden ist es, eventuellen Mißbräuchen vorzubeugen; wenn sie ausüben, so ist es Pflicht der Sicherheitsbehörden, unerbittliche Strafverfahren einzuleiten. Werden dagegen derartige Mißbräuche nicht geahndet, so können sie sich ausbreiten, größeren Umfang annehmen und zum Verfall der Gesellschaft führen, welche eine Kardinalbedingung im Leben des Staates ist.

Gegen jeden Mißbrauch der Bürgerrechte muß der zuständige Staatsanwalt mit aller Entschiedenheit einschreiten und unerbittlich einen nach Möglichkeit genauen Bericht über den Verlauf des Verfahrens und die getroffenen Maßnahmen dem Staatsanwalt des Verwaltungsgerichts, in wichtigsten Fällen unmittelbar dem Justizministerium, zur Kenntnis bringen.

Die Ermittlungen des Staatsanwalts müssen im Laufe von sieben Tagen beendet und der Anklageakt (Antrag auf Eröffnung des Strafverfahrens) dem Gericht übergeben sein; außerdem muß der Staatsanwalt in überzeugender Weise dem Gericht vorlegen, daß es im Interesse der Allgemeinheit liegt, daß die Strafverurteilung über das mit den Wahlen in Verbindung stehende Vorgehen vor Verurteilung der Wahlen stattfinden, da andernfalls die Strafe als allgemeine Verurteilungswahrscheinlichkeit an Bedeutung verliert. Bei der Verurteilung von Angeklagten gegen Personen, die zur gesetzlichen Verantwortung gezogen werden sollen, muß in der Tat und die Umstände,

unter welchen das Verbrechen begangen wurde, beachtet werden. Von dem Maße, in welchem die Sicherheitsbehörden, und hauptsächlich ihre Vertreter, die erforderliche Ruhe, Unparteilichkeit und Entschiedenheit bewahren werden, hängt nicht nur der ruhige Verlauf der Wahlen ab, sondern auch die allgemeine Sicherheit der Gesellschaft im Staatsleben.

Im eigenen und im Namen aller öffentlichen Behörden erkläre ich dem Sejmgebenden Sejm, daß wir unsere Pflicht so verstehen und befehlen werden, sie gehörig zu erfüllen. Ich bin daher davon überzeugt, daß die polnische Staatsanwaltschaft ihren Aufgaben im vollen Umfange gerecht werden wird.

Wie wir erfahren, beabsichtigt das Innenministerium, im Zusammenhang mit den Wahlen den Beamten den Erholungsurlaub zu entziehen.

Die „Braca“, das Organ der Bodzer N. B. R., veröffentlicht eine Anzeige gegen die katholischen Geistlichen, die in der Kirche Wahlagitierung betreiben. Die „Braca“ bezeichnet folgende Fälle: Der Pfarrer des Reichs Kirchspiels, ks. Kowalski, hielt von der Kanzel aus eine Rede gegen die polnische Volkspartei, in Jaworzna hob ks. Leon Kowalski den Ablass (!) zur Strafe dafür auf, daß im Dorfe Wahlagitierung von der erwählten Partei gehalten werden sollten. Die Verurteilung des Kirchspiels Jaworzna richtete deshalb eine Klage an den Bischof in Wloclawek, in welcher bemerkt wird, daß ks. Kowalski während seiner freien Zeit seinen Pfarrkindern befehle, sich dem Nationalen Volksverbande anzuschließen. Den Mitgliedern anderer Parteien verweigert er die Absolution!

Im Zusammenhang mit dem beginnenden Wahlkampf in Polen teilt der „Goniec Krasowski“, daß der sozialistische Abgeordnete Moraczewski eine Amerikareise angetreten habe. Der Zweck der Reise sei, in Amerika Sammlungen zu veranstalten, um mit Dollarspenden den Wahlkampf der polnischen Sozialisten zu stärken.

Hauptwahlkommissar Brestewicz hat mit der Gründung seines Büros bereits begonnen. In kurzer Zeit wird er die Vorstehenden der Wahlwahlkommission ernennen. Einige Parteien, die das Recht genießen, eigene Vertreter in die staatliche Wahlkommission zu entsenden, haben die Namen derselben Herrn Hauptwahlkommissar bereits zu Kenntnis gebracht. Das Bureau des Hauptwahlkommissars, das sich augenblicklich im Ministerium des Innern befindet, wird nach dem Schloß, das hierzu mehr geeignet ist, verlegt werden.

Die von den Bodzer Hausbesitzern angeführten Listen der Wahlberechtigten sind dem statistischen Amt zum Teil bereits zugesandt worden. Das Ministerium für Wohlfahrtsangelegenheiten, das im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung und im städtischen Gymnasium in der Sienkiewiczskastraße untergebracht ist, hat die Vorarbeiten schon in Angriff genommen. Die Anfertigung der Wahllisten dürfte eine Woche beanspruchen. Was das Wahlrecht anbelangt, so gibt die Wojewodschaft folgende Auskunft: Personen, die unter die Bestimmungen des Art. 1 der Sejmwahlordnung fallen, am Vortage der Ausfertigung der Wahlen im „Dziennik Ustaw“ im Wahlbezirk gewohnt haben und das Sejmwahlrecht nicht verlor haben, müssen in die Wahllisten miteinbezogen werden, wenn sie sich auch in Unterbringungshaft befinden. Erst mit dem Augenblick des Inkrafttretens des Urteils entscheidet das Gericht über die Zulassung dieser Personen zur Wahlurne. Staatsbeamte, die weniger als ein Jahr im Wahlbezirk wohnen, besitzen nur dann das Senatswahlrecht, wenn sie bis zum Tage der Wahlausfertigung nach diesem Bezirk verlegt wurden. Dies gilt nicht für aus dem Heere ent-

lassene Soldaten, die nach Erfüllung ihrer Militärpflicht im Wahlbezirk wohnen.

Wie aus mitgeteilt wird, ist auf der Einladung zu der obigen Wahlversammlung der Aufzählungsausschuß der evangelischen Gemeinden derseits ebenfalls unterzeichnet worden. Wohl befinden sich unter den Einberufern Mitglieder dieses Ausschusses, doch treten sie als Privatpersonen auf und repräsentieren nicht den Ausschluß, der selbstverständlich keinerlei politische Tätigkeit ausüben darf.

Vorwahlbesprechung. Am Sonntag, den 27. d. M., um 2 1/2 Uhr nachmittags, findet im Lokale des Vereins deutschsprachiger Meister und Arbeiter (Andrzejewski, 17) eine unanständige Besprechung in Sachen der bevorstehenden Sejm- und Senatswahlen statt. Sämtliche deutschen Organisationen und Vereine werden ersucht, 1—2 Vertreter zu dieser Besprechung zu entsenden.

Eine Weltkarte des Personals der Post, Telegraphen- und Telefonbetriebe befindet sich in der Stadt. Bis jetzt sind über 1200 Personen aus ganz Europa eingetroffen. Donnerstag mittag wurde der Kongress offiziell vom Reichspostminister begrüßt, der gleichzeitig die Grüße des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und anderer Ministerien übermittelte. Am Nachmittag fand im großen Sitzungssaal des früheren preussischen Herrenhauses die feierliche Eröffnung einer Ausstellung statt (Erfindungen, Photos, Malereien, plastisches Material und so weiter).

Die Lohnbewegung in Lodz. Was wird geschrieben: Die Gewerkschaftskommission der kaufmännischen und Handelsgehilfenvereine, hielt am Mittwoch, den 23. d. M., im Lokale des städtischen Handlungsgehilfenvereins, Alje Kosciuszki 21 eine längere Sitzung ab, auf welcher die Lage der Angeestellten und Handlungsgehilfen von Lodz und Umgebung sowie deren Gehaltsfrage besprochen wurde. Die bisherigen Gehälter der meisten Angeestellten und besonders derjenigen kleinerer Firmen reichten bei weitem nicht aus, um dem Angeestellten einen einigermaßen standesgemäßen Lebensunterhalt zu bieten. Erst reicht das Einkommen nicht zu, wenn der betreffende Angeestellte eine Frau oder gar Familie unterhalten muß, was hoch das edelste Ziel eines jeden Menschen ist. In Anbetracht der ohne Unterbrechung fortgesetzten allgemeinen Teuerung kamen die an der Sitzung teilnehmenden Delegierten der einzelnen Vereine und Verbände nach langem Debattieren zu dem Beschluß, an die hiesigen Arbeitgeberverbände mit der Bitte um Bewilligung einer neuen Gehaltsanpassung zu treten und um Erhöhung des letzten Gehalts. Tausend der Minimalgehälter der Angeestellten, wie er von den einzelnen Arbeitgeberverbänden angenommen und bekräftigt wurde, um 60 Prozent der bisherigen Höhe zu erhöhen. Diese Erhöhung von 60 Prozent ist damit begründet, weil gerade die Angeestellten bei der vorliegenden allgemeinen Lohnsteigerung der Arbeiter im Juli ein vollständiges Leer ausgegangen sind. Die Zwischenverbandskommission überreichte dem Beschluß gemäß noch vorzeitig den Arbeitgeberverbänden von Lodz diese Forderungen in Form einer Minimal Gehaltsliste, bestehend aus 9 Angeestelltenkategorien.

Zum Schluß wurde das Krankenfürsorgewesen einer eingehenden Kritik unterzogen und hierzu eine besondere Delegation aus den Reihen der Zwischenverbandskommission, und zwar die Herren: Golender, Andrzejewski, Rieszowski und Otto Graß gewählt. Sie sind beauftragt mit den Wirtschafts-Angelegenheiten der Bodzer Krankenkasse vertraut zu werden und hierüber der Zwischenverbandskommission regelmäßig Bericht erstatten sollen.

Auf Ersuchen des Maschinenverbandes der Lederindustrie berief der Arbeitsinspektor eine Konferenz ein, zu welcher erschienen: Die Vertreter

ten sich famos dort in den prächtigen Wäldern reiten. Ende September soll die erste sein.

Ein leiser Laut dringt aus der Nische zu ihm herüber; ein Seufzer nur, aber so schmerzlich wehlagernd, daß es ihn durchdringt.

Er sieht hin. Eleonores Augen sind auf ihn gerichtet, ein Ausdruck namenloser Sehnsucht liegt in ihrem erblaueten Gesicht, ein unbewusstes Flehen:

„Nimm mich mit — fort von hier aus Zwang und Enkelte; laß mich wieder frei durch meine heimatischen Wälder schweifen, hoch zu Ross durch unsere Eichen fliegen, die der Herbst mit bunten Farben malt.“

Die ganze heisse, zurückgedrängte Liebe wallt in ihm auf; er möchte vor ihr niederfallen, ihr alles, trauriges, Glück mit Küssen bedecken und bitten: „Sei mein, komm zu mir, und ich will dir zeigen, die Welt im Frühlingschein, was uns trennt, sind ja bloß Nebel und Schall — ein Hauch bläst sie fort!“

Mariam bewirgt er sich und beantwortet eine gleichgültige Frage, die der Herrgott an ihn richtet; als er wieder hinsieht, ist die Nische leer, Eleonore hat die Herzogin gebeten, sich zurückziehen zu dürfen, entsetzliche Migräne ist der bekannte Vorwand.

„Das arme Kind“, sagt die Herzogin mitleidig, „sie hat immer Kopfschmerzen, wann vor Siebeneichen die Rede ist. War es gar nicht möglich, ihr die Heimat zu erhalten?“

Fortsetzung folgt.

Rund soll nicht so sein? O nein! Sie soll sehr viel sein! Sie soll das Beste sein! Sie soll die besten Gedanken, die besten Taten, die besten Menschen sein!

## Schloß Siebeneichen.

Erzählung von Heinrich Heine.

(S. Fortsetzung.)

Seine Hoheit Prinz Moritz und Graf Rotschuh sind soeben angekommen, meldet der Kommodant. „Hochzeit wollen nicht mehr dinnern, Sie ziehen sich um und werden nachher im Salon königliche Hoheit erwarten.“

Die Tafel dauert nie lange; es wird ebenfalls wie gewöhnlich serviert. Die Konfessionisten klagen ihrem Mann nach, sie habe sich nicht halb so gut essen können, so schön sei ihr vom Lokai der Teller immer weggerissen worden; und es lag noch ein ganzes Bruchstück vom Huhn und so viel Kompott darauf!

Zu Moritz: „Jetzt schon, mein alter Junge“, sagt der Herzog, den ihm entgegenstehenden Prinzen Moritz herzlich umarmend: „Das machst du recht.“

„War kein Dienst mehr, wir konnten fort, Onkel“, ist die lustige Antwort.

Prinz Moritz ist eine jugendlich hübsche Erscheinung, doch fast unbedeutend neben der männlichen Schönheit seines Freundes.

Der Prinz wird Eleonore vorgestellt, sie macht ihm eine tiefe, graziose Verbeugung, dann fällt sie ihm in die Arme, von Graf Rotschuh ergriffen; eine flüchtige Sekunde streift sein Schnurrbart darüber hin, als er ihre Finger an die Lippen führt.

„Wie geht's Eleonore?“ fragt er gleichgültig.

Sie schlägt die Augen nicht auf; es ist ihr unmöglich, ihn anzusehen, ihr Herz klopft stürmisch bei dem Klang seiner Stimme. Der Herzog, der die steife Begrüßung sieht, lacht:

„Die zärtlichen Verwandten!“ neckt er. Gräfin Eleonore hat mir schon verraten, Sie hätten sich beide nie ausstehen können.“ Ist das wirklich wahr, lieber Graf?“

Ein flüchtiges Lächeln zuckte um Graf Rotschuh's Mund.

Königliche Hoheit bringen mich in eine peinliche Lage“, antwortete er kühl. „Es wäre ebenso unhöflich den Worten meiner Cousine zu widersprechen, wie dieselben zuzugeben.“

Jetzt sieht Eleonore ihn an. Wie hochmütig abweisend ist seine Haltung, wie kalt seine Augen sie streifen.

Ist es wirklich wahr, daß sie einst heiße Liebe in den dunklen Tiefen las, oder hat sie es nur geträumt, daß er verlegend die Arme nach ihr ausstreckte, sie von allem Jammer fort an sein Herz zu ziehen?“

Als wenn man ihr geraubt hätte, was sie ihr eigen nannte, so schmerzhaft leer fühlt sie es plötzlich in ihrem Herzen; es ist ihr etwas genommen worden, auf das sie trotz alledem fest

baute. Aber sie wirft trotzig den Kopf zurück und preßt ihren Mund fest zusammen, nein, sie wird der Neckerei des Herzogs keine lebenswürdige Wendung geben, mag er glauben, daß sie ihn nie ausstehen konnte.

Der Siebeneichensche Starikopf, hört sie wieder seine ernste Stimme sagen, „Durch den seid ihr um alles gekommen, nicht durch andere.“

Wahr, nur zu wahr, aber jetzt nicht mehr zu ändern. Sie nimmt an dem um sie herum schwebenden Gespräch nicht teil; tief in einen niedrigen, englischen Korbfessel zurückgelehnt, sitzt sie in der halb dunklen Nische des Salons. Die grünen Gewächse, die dort blühen, bilden einen malerischen Hintergrund für ihren lichtblonden Kopf, aber den die rosa verschleierte Ampel zuckende Lichter hinspielen läßt.

Sie hört Prinz Moritz und Rotschuh von der Reise nach Norwegen erzählen, die sie im vorigen Sommer zusammen unternahmen, und den Herzog fragen, ob sie wieder einen so schönen Ausflug planen.

„Ach nein“, sagt Prinz Moritz ganz traurig. „Rotschuh geht à la suite, er will Siebeneichen selbst bewirtschaften. Was soll ich nur ohne ihn anfangen? Aber zur ersten Hochzeitsfeier bin ich bei dem stolzen Schloßherrn eingeladen, was?“

„Zu allem“, erwiderte Rotschuh herzlich. „Es ist ein herrlicher Wildstand in Siebeneichen, der letzte Pächter hat unendlich viel dafür getan, daß ein besserer Jäger auch Schjagden la-







